

Gerechte Zukunft – Nachhaltig investieren und gerechter verteilen für Wohlstand und Zusammenhalt

Die Bundesrepublik ist eines der reichsten Länder der Welt. Die Arbeit, das Können und Wissen der hier lebenden Menschen haben einen großen Wohlstand geschaffen. Er würde ausreichen, um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen – mit fairen Chancen, Selbstbestimmung und sozialer wie kultureller Teilhabe. Doch die Realität sieht anders aus. Der wirtschaftliche Erfolg kommt bei Vielen nicht an. Zahlreiche Veröffentlichungen wie das neue Buch des DIW-Präsidenten Marcel Fratzscher zeigen, dass Vermögen, Einkommen und Chancen bei uns nicht fair verteilt sind. Die Gesellschaft spaltet sich zunehmend in Gewinner und Verlierer und schiebt viele Kosten und Lasten der Gegenwart auf die Zukunft ab. Materieller Reichtum, der auf Kosten von großen Teilen der Bevölkerung, von Natur und Umwelt erwirtschaftet wird, macht unsere Gesellschaft nicht lebenswerter, sondern ärmer und unsicherer. Er gefährdet den Zusammenhalt.

Integration nutzt allen, soziale Spaltung nur einigen wenigen

Wir GRÜNE wollen eine ehrliche und ernsthafte Debatte über Gerechtigkeitsdefizite und die Ursachen von sozialer Desintegration. Der populistische Versuch, die Spaltungen in unserer Gesellschaft durch Ressentiments und Feindbilder zu bemänteln, löst keine sozialen Probleme, sondern läßt sie kulturell auf. Wer wahlkampfaktisch über die „Zuwanderung in Sozialsysteme“ lamentiert, sich über die Nachteile der Deregulierung des Arbeitsmarktes zu Lasten der Arbeitenden und den demografisch bedingten Fachkräftemangel aber ausschweigt, der will spalten und nicht integrieren. Er hat weder an einem gerechten, noch an einem sozial geeinten Deutschland Interesse. Und wer die finanzielle Notlage von Familien und öffentlichen Haushalten beklagt, ohne die Konzentration des Reichtums in den Händen von immer weniger Privatpersonen zu thematisieren, der hat ebenfalls nur Scheinlösungen parat. Wir GRÜNE wehren uns gegen eine Politik, die schwächere Gruppen gegeneinander ausspielt und eine extrem ungleiche Vermögensverteilung verteidigt.

Wir GRÜNE stehen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa. Wir verteidigen auch in schwierigen Zeiten das Grundrecht auf Asyl. Der Versuch, Zuwandernde und Flüchtlinge gegen ärmere Menschen auszuspielen, führt in die Sackgasse. Die Ankunft vieler Flüchtlinge in Deutschland ist nicht Ursache sozialer Schief lagen, sondern deckt allenfalls die Versäumnisse der vergangenen Jahre auf. Zuwanderung kann uns bereichern – kulturell wie auch volkswirtschaftlich. Wenn die deutsche Rentenversicherung seit 2010 eine Million zusätzliche Beitragszahler*innen verzeichnet, dann ist das auch eine Folge der Freizügigkeit in Europa. Rund zwei Drittel der neu Versicherten kommen aus anderen EU-Staaten, rund 40 Prozent aus Polen und Rumänien. Ein entsprechender Trend deutet sich mit Blick auf Flüchtlinge aus dem Irak und Syrien an, die eine realistische Bleibeperspektive haben. Auch hier bietet Zuwanderung ein Entlastungspotenzial für Wirtschaft, Arbeitsmarkt und soziale Sicherungssysteme. Doch um dieses Potenzial zu realisieren, sind zunächst deutliche Mehrkosten aufzubringen und erhebliche Investitionen zu tätigen.

Nachhaltiges Investitionsprogramm für sozialen Zusammenhalt

Integration ist keine Einbahnstraße. Unsere Gesellschaft ist kein heiles und integriertes Ganzes, das „von außen“ gestört wird. Integration betrifft die ganze Gesellschaft – Einheimische wie neu Ankommende. Dieser Prozess wird nicht konfliktfrei sein und die Mehrheitsgesellschaft nach

ihren Werten und Vorstellungen des Zusammenlebens fragen. Wir GRÜNE scheuen diese Debatten nicht und geben uns keinem Populismus hin. Anders als traditionelle Volksparteien und eine von Abstiegsangst getriebene FDP greifen wir nicht auf Vorurteile und einfache Antworten zurück. Integration ist eine gesamtstaatliche Aufgabe und wird nur erfolgreich sein, wenn sich Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft der großen Verantwortung bewusst werden. Ihre Grundlage wird durch unsere Verfassung und unsere Rechtsstaatlichkeit gebildet. Sie definieren die Spielregeln des Zusammenlebens – und nicht eine schwammige und verschwurbelte „Deutsche Leitkultur“. Als Verfassungspatriot*innen treten wir für unsere weltoffene und liberale Verfassung ein. Wir dürfen uns in keinen Kulturkampf gegen Fremde treiben lassen, sondern müssen eine soziale Integrationsaufgabe bewältigen, die uns alle betrifft. Dem entgegen steht auch ein aus Regierungsparteien befeuerter Sozialneid, der unterstellt, dass „die“ Ausländer „den“ Deutschen etwas wegnehmen.

Wir fordern, dass sich die Bundesregierung aktiv für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft einsetzt. Dazu gehört, dass keiner nach „unten“ in materielle und soziale Armut abdriftet, aber auch, dass sich „oben“ keine abgehobene Klasse von Superreichen bildet. Die Arbeitsmarktintegration von allen Menschen ohne Beschäftigung muss deshalb engagiert vorangetrieben werden, aber auch eine Neujustierung der Steuern und Abgaben gehört auf die Agenda.

Während die soziale Spaltung zunimmt, hat die Bundesregierung das Ziel der Armutsbekämpfung praktisch aufgegeben. Statt sich für Milliardenüberschüsse und die schwarze Null feiern zu lassen, muss die Bundesregierung das Geld endlich nutzen, um Wohnungen und Kitas zu bauen und um öffentlich geförderte Arbeitsplätze zu schaffen. Menschen, die von Armut und Spaltung bedroht sind, brauchen soziale Sicherheit und faire Aufstiegschancen. Gleichgültigkeit, Frustration und Angst vor der Zukunft sind große Hemmschuhe für die Entwicklung unseres Landes und Grund für den Vertrauensverlust in Parteien, staatliche Institutionen und Wirtschaft. Hindernisse für eine gerechte Gesellschaft wollen wir durch ein soziales Investitionsprogramm beseitigen.

Ein Investitionsprogramm zur sozialen Integration gibt es nicht zum Nulltarif. Experten rechnen im Jahr 2016 allein für die Aufnahme und Integration der neu Angekommenen mit bis zu 20 Milliarden Euro – eine Summe, die sich durch von ihr hervorgerufenen Nachfrage- und Steuereffekte allerdings deutlich reduziert. Zum Vergleich: Für die deutsche Einheit schlug bisher rund die hundertfache Summe zu Buche, nämlich circa zwei Billionen Euro. Die Bankenrettungen haben die deutschen Steuerzahler laut Bundesbank mit 236 Milliarden Euro bezahlt.

Eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Kosten der sozialen Integration ist dringend notwendig, denn bisher tragen Länder und Kommunen den ganz überwiegenden Teil. Das angekündigte Fünf-Milliarden-Investitionsprogramm von Gabriel und Schäuble kann angesichts der Größe der Aufgabe nur ein allererster kleiner Schritt sein. Es war leider auch die SPD, die in der Bundesregierung zugestimmt hat, als die Gelder für den sozialen Arbeitsmarkt gekürzt oder die Mittel für Schulsozialarbeit komplett gestrichen wurden. Statt finanzieller Kürzungen und spalterischer Parolen brauchen wir Investitionen in Bildung, Wohnungsbau, Arbeitsmarkt, Klimaschutz und ökologische Modernisierung in Milliardenhöhe. Solche Investitionen schaffen eine solide wirtschaftliche Dynamik und eine dauerhafte Konsumnachfrage bei schonendem Ressourcenverbrauch durch Menschen in Arbeit und ihre Familien. Sie ermöglichen ein besseres Leben auch für Menschen, die sich sonst an die Ränder der Gesellschaft gedrängt sehen. Hier liegen zentrale Herausforderungen der Politik in den nächsten Monaten und Jahren.

Blinde Privatisierungspolitik verhindert eine lebenswerte Zukunft

Doch wir brauchen auch ein Umdenken beim Wirtschafts- und Sozialmodell insgesamt. Der seit den späten 1970er-Jahren dominierende Privatisierungswahn hat mit einer „angebotsorientierten“ Politik die Schere der Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen immer weiter auseinanderklaffen lassen. Er hat Menschen in die Armut getrieben und öffentliche Haushalte destabilisiert. Die exorbitanten Steigerungsraten bei sehr hohen Einkommen und Privatvermögen haben nicht zu den versprochenen produktiven, dem Gemeinwohl dienenden Investitionen geführt. Im Gegenteil. Wir haben es heute mit global flottierenden Kapitalströmen zu tun, die zusammen mit einem deregulierten Bankensystem dramatische Spekulationsblasen hervorbringen. Das Platzen der Immobilienblase 2008 und die sich anschließende Bankenkrise haben eine Staatsschuldenkrise befeuert und zu einer tiefen Desintegration auch in Europa beigetragen – nicht zuletzt, weil die krisenverursachende deregulierende Politik als vermeintliches „Heilmittel“ dann auch in der Krisenbekämpfung wieder Anwendung fand. Die in vielen europäischen Ländern durchgesetzte Austeritätspolitik hat zur weiteren Verarmung breiter Bevölkerungsschichten beigetragen und Europa weiter destabilisiert. Eine solche Politik ist das entscheidende Integrationshemmnis in unserer Gesellschaft – und nicht etwa Flüchtlinge, Migrant*innen oder der Islam.

Steuerflucht wirksam bekämpfen

In Deutschland werden nach Schätzungen von Expert*innen jährlich bis zu 100 Milliarden Euro an Steuern hinterzogen – mehr als drei Mal so viel, wie für "Hartz IV" ausgegeben wird. Die Methoden dazu sind vielfältig. Die Enthüllungen um das Datenleck aus Panama zeigen, es ist ein globales Phänomen, das unsere Gesellschaft angreift unser Gerechtigkeitsempfinden verletzt. Die meisten bekannt gewordenen Fälle waren nicht illegal, es wurde gegen keine geltenden Gesetze verstoßen. Genau das offenbart aber das eigentliche Problem: Nationale Gesetzesrahmen sind entweder zu schwach oder können die internationalen Ebenen nicht regulieren und internationale Regelungen sind teilweise nicht vorhanden oder lückenhaft. Neben dem Transfer in sogenannte Steueroasen, die es auch und in beachtlichem Umfang in Europa gibt, rechnen große Konzerne ihre Gewinne aggressiv niedrig. Unternehmen wie IKEA, Amazon oder Starbucks zahlen oftmals keine oder nur minimale, im Promillebereich des Umsatzes liegende Steuern. Auch hiergegen muss durch eine internationale Rahmengesetzgebung vorgegangen werden. Wenn sich Vermögende und große Konzerne der Besteuerung entziehen, bleibt die Finanzierung des Gemeinwesens an Arbeitnehmer*innen mit mittlerem Einkommen und weniger großen Unternehmen oder Handwerksbetrieben hängen. Die Einkommens- und Gerechtigkeitsschere geht damit wieder ein Stück weiter auseinander.

Unter Federführung Nordrhein-Westfalens und anderer rot-grün regierter Länder ist es gelungen, das Schweizer Steuerabkommen zu verhindern. Steuerflucht in die Schweiz kann jetzt durch deutsche Behörden deutlich besser verfolgt werden. Durch Transparenz der Geldströme kann Steuerflucht vermindert werden, wie die zahlreichen Selbstanzeigen und zum Teil spektakulären Verurteilungen belegen. Gerade die Bekämpfung der Steuerhinterziehung durch eine schlagkräftige Verwaltung und Verhinderung der Steuerflucht durch wirksame Gesetze sind wichtige Bausteine für eine gerechtere Verteilung der Lasten zugunsten der kleineren und mittleren Einkommen. Wir wollen Ausstattung und Effizienz der Behörden zur Geldwäscheprävention und Bekämpfung von Steuerhinterziehung durch zusätzliches Personal stärken. Wir fordern die Bundesregierung auf, Lücken bei der internationalen Rahmengesetzgebung nicht nur zu beklagen, sondern sie entschieden zu bekämpfen. Und die Bundesregierung muss vor allem auch ihre nationalen Hausaufgaben machen – nicht zuletzt bei der Schaffung von mehr Transparenz bei

Unternehmensverschachtelungen durch öffentlich zugängliche Firmenregister und durch eine Stärkung der Bankenaufsicht BaFin. Wenn nur ein Bruchteil der hinterzogenen Steuern in tatsächliche Steuereinnahmen verwandelt werden könnte, wären zusätzliche Investitionen und eine Absenkung der Belastung kleinerer und mittlerer Einkommen möglich.

Nur Reiche können sich arme Kommunen leisten

Vor allem die Finanzschwäche der Kommunen betrifft das Leben der Menschen ganz unmittelbar. Viele wichtige Infrastrukturen, Schulen, Schwimmbäder, Brücken und Straßen sind in einem schlechten Zustand. Oft fehlt das Geld für elementare Instandhaltungsmaßnahmen – trotz gegenwärtig niedriger Zinsen und entsprechender Entlastungen beim Schuldendienst. Die Finanzschwäche der Kommunen ist Folge einer seit Jahren fehlorientierten Finanzpolitik. Die Kosten der sozialen Sicherung werden, entgegen den Beteuerungen der Großen Koalition, auf die Kommunen verlagert, zum Beispiel in Form der Kosten von Unterkunft oder Eingliederungshilfe. Das schwächste Glied in der Kette der föderalen Aufgabenteilung soll die Hauptlast tragen! Länder wie Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein sind schon lange vor den aktuellen Herausforderungen der Flüchtlingszuwanderung eingesprungen, um diese Fehlsteuerung abzumildern. Sie haben durch aufwändige Landeshilfsprogramme die drohende dauerhafte Handlungsunfähigkeit ihrer Kommunen zu verhindern versucht. Dabei waren die Länder stets Ausfallgehilfen des Bundes, der sich seiner Verantwortung entzog und die tatsächlichen Kosten kaschierte. Trotz gegenteiliger Festlegungen im Koalitionsvertrag haben Union und SPD im Bund nicht reagiert. Die versprochenen strukturellen Entlastungen für die Kommunen sind weitgehend ausgeblieben. Auch in der gegenwärtigen Situation, in der die finanziellen Folgen der Zuwanderung nicht mehr zu übersehen sind, konnte der Bund nur durch einen massiven politischen Kraftakt zu ersten finanziellen Zugeständnissen bewegt werden. Vor allem den Grün mitregierten Ländern ist es zu verdanken, dass es im Rahmen des Asylpakets I zu ersten strukturellen Hilfen des Bundes kam. Die Herausforderungen der Flüchtlingszuwanderung sind also keineswegs der Grund für die Schiefelage, sondern sie verstärken nur den allgemeinen Problem- und Handlungsdruck.

Notwendige Investitionen in den Kommunen, bei Aufgaben wie Bildung und Betreuung oder bei der Finanzierung der Energiewende kamen in den letzten Jahren auch deshalb nicht im erforderlichen Maß voran, weil schwarze, gelbe und auch rote Finanzminister falsche Weichenstellungen vorgenommen haben. Die hier entstandenen Probleme sind längst nicht mehr allein durch Disziplin auf der Ausgabenseite zu lösen. Die Fortführung des gescheiterten deregulierenden Grundansatzes, der Steuerpolitik nur als Steuersenkungspolitik kennt, ist kontraproduktiv. Ein schwacher und nur in Teilen handlungsfähiger Staat schadet dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, er vergeudet die Talente der heranwachsenden Generationen und lässt Zukunftspotenziale ungenutzt verpuffen. Angesichts milliardenschwerer Überschüsse des Bundes scheint es auf kürzere Sicht nicht einmal nötig zu sein, die anstehenden Zukunftsinvestitionen aus zusätzlichen Einnahmen finanzieren zu müssen.

Nullwachstum mit nachhaltigen Investitionen begegnen

Es wäre fatal, wenn durch zu langes Zögern des Bundes und der Länder der Aufbau von gerechten, zukunftsweisenden Infrastrukturen für Bildung und Betreuung für alle Menschen in Deutschland verzögert würde. Auch die „schwarze Null“ darf kein Dogma sein und zu einem Kaputtsparen der Zukunft führen. Wenn Sparen zum Selbstzweck verkommt, wichtige Investitionen für die Zukunft unterbleiben und zukünftigen Generationen deswegen zusätzliche Lasten zu möglicherweise deutlich höheren Zinsen aufgebürdet werden, ist dies unverantwortlich.

Die Erfahrung zeigt, dass eine auskömmliche Finanzierung öffentlicher Aufgaben mittel- und langfristig weit effektiver ist als das Kaputtsparen wichtiger Aufgabenbereiche. Für den Wiederaufbau und die Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur in den Bundesländern und den Kommunen und zur Unterstützung eines wachstumsorientierten Strukturwandels fordern wir einen „Infrastrukturfonds“. Der Fonds soll Finanzmittel zur Infrastrukturfinanzierung der Länder sowie einschlägige Förderprogramme zugunsten der Kommunen bündeln. Das Programm muss vom Volumen her geeignet sein, Infrastrukturlücken auch in westdeutschen Flächenländern zu schließen.

Starke Schultern müssen mehr tragen – Gerechtigkeitsdefizite bei hohen Vermögen beseitigen

Die Finanzierung staatlicher Aufgaben muss sich endlich wieder stärker am Prinzip der Leistungsfähigkeit orientieren: Die Lasten dürfen nicht einseitig nur den Schwächeren aufgebürdet werden. Derzeit müssen vor allem kleine und mittlere Einkommen die Gerechtigkeitsdefizite unseres Steuersystems auffangen. Ergebnis ist der so genannte Mittelschichtsbauch, der die stärkste steuerliche Belastung abbildet. Abhilfe könnte und sollte hierbei neben der stärkeren finanziellen Beteiligung des Bundes endlich eine faire Besteuerung von großen Vermögen schaffen. Starke Schultern müssen auch mehr tragen. 32 Prozent des Privatvermögens in Deutschland sind in der Hand des reichsten Prozents der Bevölkerung – ein trauriger Spitzenwert im Vergleich der hochentwickelten Länder. 16 Prozent des Vermögens gehören sogar nur einem Tausendstel der Bevölkerung – den 40.000 reichsten Haushalten im Land. Wie ungleich die Verteilung in Deutschland ist, zeigt auch die Gegenrechnung. Die ärmere Hälfte der Bevölkerung besitzt gerade einmal 2,5 Prozent der Vermögen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat gezeigt, dass die Vermögen in Frankreich, Spanien oder Griechenland deutlich gleichmäßiger verteilt sind, obwohl die Reichen dort ebenfalls weit mehr als der Durchschnitt besitzen. Grüner Politik kann die hohe Vermögensungleichheit, die zur weiteren Spaltung der Gesellschaft beiträgt, nicht egal sein. Wir fordern daher die Wiedereinführung einer verfassungskonformen Vermögenssteuer.

Laut DIW-Studie vom Januar 2016 lägen die Erträge aus einer sehr moderaten Vermögenssteuer mit zum Teil hohen Freibeträgen und moderaten Steuersätzen zwischen 11 und 23 Milliarden Euro jährlich – Einnahmen, die unmittelbar bei den Ländern ankommen würden. Hier liegt eine längerfristige, strukturelle Basis zur Finanzierung wichtiger Zukunftsaufgaben, zur Entlastung der Kommunen und für gezielte Investitionen in die Infrastruktur von Städten und Gemeinden, die vom Strukturwandel in besonderer Weise betroffen sind.

Die Belastungen aus der Vermögenssteuer würden sich in den vom DIW untersuchten Szenarien auf das reichste Prozent der Bevölkerung konzentrieren. Belastet würden je nach Szenario 435.000 bis 150.000 Steuerpflichtige. Dabei entfällt der überwiegende Teil der Vermögenssteuer sogar nur auf die reichsten 0,1 Prozent der Bevölkerung. Bei der Ausgestaltung des Modells sind die einzelnen Parameter (Freibeträge, Steuersatz) so zu justieren, dass einerseits ein ausreichendes Einnahmepotenzial gegeben ist und andererseits niemand über Gebühr belastet wird. Denn das Ziel einer solchen Steuer soll mehr Fairness und Gerechtigkeit sein.

Die Wiedereinführung beziehungsweise Reaktivierung der Vermögenssteuer führt zu einem gerechteren Ausgleich auf der Seite staatlicher Einnahmen. Sie würde eine Begrenzung und Reduzierung jener steuerlichen Belastungen ermöglichen, die Kommunen gerade in ärmeren

und vom Strukturwandel besonders betroffenen Regionen ihren Bürger*innen aufgrund erheblicher Konsolidierungsanforderungen abverlangen mussten. Diese mehrfachen Entlastungseffekte würden also zu deutlich mehr Steuergerechtigkeit beitragen.

Gleichzeitig verlieren wir GRÜNE die Ziele einer ökologischen Steuerreform nicht aus den Blick. Dazu gehören Einsparungen durch den Abbau ökologisch schädlicher Subventionen und eine drastische Verschlankung von Ausnahmetatbeständen im Steuerrecht. Derzeit haben wir ein System, das es großen Unternehmen und besonders Wohlhabenden ermöglicht, durch Berater*innen Schlupflöcher sowie Privilegien zu nutzen, von denen Menschen mit kleineren- und mittleren Einkommen nicht profitieren können.

Gerechtigkeit ist der Kitt unserer Gesellschaft

Wir GRÜNE vertreten einen komplexen Gerechtigkeitsbegriff, weil es auf schwierige Fragen nur selten einfache Antworten gibt. Wir wollen uns nicht abfinden mit einer Verteilung von materiellen Gütern in unserer Gesellschaft, die, obwohl sie reich genug ist, um allen ein auskömmliches Leben zu ermöglichen, dennoch viele in materieller Armut belässt und von kultureller Teilhabe ausschließt und Chancen für wirtschaftliche Prosperität nicht nutzt. Wir fragen aber auch nach der Chancengerechtigkeit – in einer Gesellschaft, die allen faire Zukunftschancen bieten könnte, in der aber Herkunft und der Geldbeutel der Eltern immer noch eine zu große Rolle spielen. Und wir fragen auch nach den Chancen für Selbstbestimmung und für die Entwicklung vielfältiger sozialer, kultureller oder sexueller Identitäten. Wir kämpfen gegen die Bedrohung unserer offenen und toleranten Gesellschaft durch menschenfeindliche Einstellungen, durch Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ebenso wie gegen Armut, soziale Ausgrenzung und andere Formen sozialer Benachteiligung. Wir setzen auf einen Mix aus Prävention und Intervention. Wir wollen den Zusammenhalt unserer Gesellschaft durch ein umfassendes soziales Investitionsprogramm stärken, das Armut bekämpft, faire Chancen schafft sowie Toleranz und Solidarität verteidigt, stärkt und entwickelt. Wir wollen keinen bis zur Magersucht verschlankten Staat, sondern einen handlungsfähigen und effektiven Staat, der allen ausreichend Räume für Begegnung, kulturellen Austausch und Diskurs, gut ausgestattete Behörden und eine moderne Infrastruktur bietet. Eine bessere Gesellschaft ist möglich – eine Gesellschaft der Gerechtigkeit und Vielfalt, die zusammen hält, statt sich zu spalten und zu desintegrieren.

20.04.2016

Unterstützerinnen und Unterstützer:

- Mehrdad Mostofizadeh MdL NRW, Fraktionsvorsitzender
- Rasmus Andresen MdL Schleswig-Holstein, Stellv. Fraktionsvorsitzender, Finanzen, Hochschule & Minderheiten
- Daniel Köbler MdL Rheinland-Pfalz, Fraktionsvorsitzender
- Daniel Wesener Berlin, Landesvorsitzender

- Martin-Sebastian Abel MdL NRW, Sprecher für Haushalts- und Finanzpolitik, Tierschutzpolitischer Sprecher
- Horst Becker MdL NRW, Parlamentarischer Staatssekretär
- Börje Wichert NRW, Sprecher Bündnis 90/Die Grünen Bezirksverband Ruhr
- Barbara Steffens NRW, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter
- Birgit Beisheim MdL NRW, Sprecherin für Industriepolitik und Diversity Management
- Sigrid Beer MdL NRW, Parlamentarische Geschäftsführerin, Sprecherin für Schulpolitik
- Eka von Kalben MdL Schleswig Holstein, Fraktionsvorsitzende
- Marret Bohn MdL Schleswig-Holstein, Parlamentarische Geschäftsführerin, Gesundheit und Soziales
- Gerald Heere MdL Niedersachsen, Sprecher für Haushalt und Finanzen, Medien
- Anja Piel MdL Niedersachsen, Fraktionsvorsitzende
- Stefan Körner Niedersachsen, Landesvorsitzender
- Meta Janssen-Kucz MdL Niedersachsen, Landesvorsitzende
- Thomas Schremmer MdL Niedersachsen, Sprecher für Arbeitsmarkt, Gesundheit, Psychiatrie, Soziales, Demographie, Bauen und Wohnen
- Christian Meyer MdL Niedersachsen, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz